

Deutsche  
Vereinigung für  
Politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen e.V.  
*Der Fachverband für politische und  
ökonomische Bildung in NRW.*

## **Lehrkräfte zum Einsatz für die Demokratie ermutigen statt entmutigen!**

Stellungnahme der DVPB NW und GEW NRW zur Rundmail an  
Lehrkräfte

### **Nach Rundmail mehr Verwirrung statt Klarheit**

Eine durch die Bezirksregierungen in der 4. Kalenderwoche versendete Rundmail hat die mehr als 200.000 Lehrkräfte Nordrhein-Westfalens mit Blick auf die im Juni anstehende Europawahl an das Mäßigungs- und Zurückhaltungsgebot sowie explizit auch ein Neutralitätsgebot erinnert, das durch Beamte und Tarifbeschäftigte zu beachten sei. Bei den Lehrkräften führte diese Mail zu erheblichen Unsicherheiten – nicht nur bezüglich der Teilnahme an Demonstrationen und Protestveranstaltungen gegen rechts. Auch und vor allem in Hinblick auf die Frage, wie in Schulen ein Einsatz für den kontroversen demokratischen Diskurs erfolgen kann.

Aus diesem Grunde fordern GEW NRW und DVPB NRW von der Landesregierung:

- Eine Klarstellung im Nachgang an die versendete Mail
- Die Bereitstellung eines Leitfadens mit Handlungsempfehlungen zur Förderung der Handlungssicherheit von Schulleitungen und Lehrkräften
- Fort- und Weiterbildungsangebote im Bereich politischer Bildung für Lehrkräfte aller Fächer

**Denn: Schule ist nicht neutral, sondern der Demokratie und den Menschenrechten verpflichtet**

Dabei gilt klar und deutlich: Schule ist ein Ort der Wertevermittlung und Demokratiebildung. Als solche kann und darf sie nicht politisch neutral sein. Es zählt zu ihrem Bildungsauftrag, Lernenden im geschützten schulischen Raum die Möglichkeit zu bieten, sich mit komplexen Fragestellungen und Konfliktlagen zu befassen, diese im

Deutsche  
Vereinigung für  
Politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen e.V.  
*Der Fachverband für politische und  
ökonomische Bildung in NRW.*

besten Falle zu begreifen und Lösungsstrategien jenseits einer Schwarz-Weiß-Malerei zu erarbeiten. Ziel ist stets die Vermittlung von und das Einüben in demokratische Werte für ein friedliches, diskriminierungsfreies und vielfältiges Miteinander. Das verlangt insbesondere in Zeiten herausgeforderter Demokratie einen Einsatz für die Grundwerte einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft. Es bedeutet auch, immer dann Position für die Demokratie, für Grund- und Menschenrechte zu ergreifen, wenn menschenverachtende, demokratiefeindliche Positionen geäußert werden. Lehrkräfte sind hierbei Vorbilder für ihre Schüler:innen. Eine missinterpretierte Neutralitätspflicht schließt die dafür notwendigen Räume, statt sie zu öffnen.

Auch kann aus den beamtenrechtlichen Vorgaben keine Verpflichtung zur politischen Neutralität abgeleitet werden – ganz im Gegenteil. Das Bundesverfassungsgericht betont, dass Beamte eine „mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle, innerlich distanzierte Haltung gegenüber Staat und Verfassung“ (BVerfGE 39, 335) haben sollen. Bundesweit haben Verwaltungsgerichte konkretisiert, dass „von einer Lehrkraft, die sich zur Erfüllung ihres pädagogischen Auftrags in gewissem Maße auch mit ihrer Persönlichkeit einbringen muss, eine vollständige politische Enthaltensamkeit im Unterricht nicht verlangt“ werden kann (VG Berlin, 3 L24.23).

**Lehrkräfte brauchen den Rückhalt der Politik, keinen Maulkorb: Wir fordern die Landesregierung daher zu einer schnellstmöglichen Klarstellung im Nachgang an die versendete Rundmail auf.**

Vor allem muss die Unterstützung des MSW und der Schulaufsichten für ein demokratisches Engagement von Lehrkräften innerhalb und außerhalb von Schule bekräftigt und so eine vorschnelle Missinterpretation des Neutralitäts- und Mäßigungsgebots verhindert werden.

Zu dieser Unterstützung gehört auch die Bereitstellung weiterführender Informationen, Materialien und Handlungsempfehlungen sowie von Fort- und Weiterbildungsangeboten im Bereich der politischen Bildung für Lehrkräfte aller Fächer – auch und gerade zur Stärkung einer demokratischen Schulkultur. Ähnliche Maßnahmen hat das MSW bereits nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel ergriffen. Die Zunahme von autoritärem, demokratie- und menschenfeindlichem Denken verlangt einen solchen Einsatz auch für den Schutz der freiheitlichen Demokratie. Das gilt nicht nur im

Deutsche  
Vereinigung für  
Politische Bildung  
Nordrhein-Westfalen e.V.  
*Der Fachverband für politische und  
ökonomische Bildung in NRW.*

Vorfeld von Wahlen. Vielmehr muss das Ziel einer demokratischen Schule als gemeinsame Aufgabe von Lernenden, Lehrkräften, Schulleitungen und Eltern langfristig durch die Landesregierung gefördert werden. Dazu gehört nicht zuletzt die Etablierung verpflichtender politischer Bildung in der Lehrkräfteausbildung für alle Unterrichtsfächer.